

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Entwicklungsausschuss*

**2007/2000 (INI)**

3.5.2007

## **STELLUNGNAHME**

des Entwicklungsausschusses

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zum Thema „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen  
Energieaußenpolitik“  
(2007/2000(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Anders Wijkman

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission an den Rat: „Energiepolitische Außenbeziehungen – Grundsätze – Maßnahmen“, die die Agenden Klimawandel und Energiesicherheit sowie energie- und entwicklungspolitische Maßnahmen umfasst; betont, dass die Europäische Union bei der Planung und Umsetzung ihrer Energiepolitik die Grundsätze respektieren muss, die ihrer Entwicklungspolitik zugrunde liegen; bedauert, dass nicht genügend finanzielle Mittel vorgesehen sind, um die Herausforderung Energie und Entwicklung zu bewältigen;
2. betont, dass die EU in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Bereich der Energieversorgung dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rechnung tragen muss; ist der Auffassung, dass dafür gesorgt werden muss, dass die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, bei den nationalen Beschlussfassungsprozessen die Klimaaspekte zu fördern, dass sie über gut funktionierende Energiemärkte verfügen, dass sie an den internationalen Organisationen teilnehmen können und dass sie eine nachhaltige Energiepolitik entwickeln können, die sowohl Energieeffizienz als auch erneuerbare Energiequellen vorrangig berücksichtigt;
3. unterstreicht, dass Energie ein übergreifendes Thema mit hohem Entwicklungspotenzial ist, da der Zugang zu erschwinglichen Energiedienstleistungen für die Befriedigung des Grundbedarfs sowie zur Schaffung einer Reihe von arbeitsleichternden Hilfsmitteln und neuen Erwerbsmöglichkeiten unverzichtbar ist;
4. unterstreicht, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht bedeuten muss, die umweltschädlichen Praktiken der Industrieländer zu übernehmen; fordert einen zusätzlichen Aufbau von Kapazitäten für nachhaltige Energie sowie technologische Zusammenarbeit; betont die möglichen Vorteile, die sich für die Entwicklungsländer aus einem Zugang zu den von der EU entwickelten oder sich in Entwicklung befindlichen Technologien sowie zu ihren Programmen im Bereich Energieproduktion und nachfragebezogenes Management ergeben; fordert die Gründung von ausreichend finanzierten Energiepartnerschaften mit Ländern wie China und Indien, wo rasch zunehmende Treibhausgasemissionen eine große Bedrohung für die Klimastabilität und somit für die Entwicklung darstellen; ist der Auffassung, dass diese Partnerschaften auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen sollten und weder die Entwicklungszusammenarbeit ersetzen dürfen noch rechnungsmäßig in die Entwicklungsziele, zu denen sich die EU verpflichtet hat, einbezogen werden dürfen;
5. unterstreicht, dass in vielen Entwicklungsländern ausgezeichnete Voraussetzungen für die Entwicklung erneuerbarer Technologien vorhanden sind, womit den rasant steigenden Ölkosten wirksam begegnet werden kann; regt an, dass die Förderung von Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in den Partnerländern – auf der Grundlage strenger Nachhaltigkeitskriterien – oberste Priorität für multilaterale Finanzinstitutionen haben sollte;

6. begrüßt die Energiepartnerschaft EU-Afrika; unterstreicht, dass der Schwerpunkt primär auf der Bereitstellung von kostengünstiger Energie zur Armutsbekämpfung auf der Grundlage von Effizienz und erneuerbaren Energiequellen liegen sollte, und nicht so sehr auf der Sicherstellung der europäischen Energieversorgung;
7. betont die hohe Anfälligkeit der Bevölkerung in vielen Ländern mit geringen Einkommen für witterungsbedingte Katastrophen infolge des Klimawandels; bekundet seine besondere Besorgnis über die ernsthaften Gefahren für die Entwicklung und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufgrund der zu erwartenden Zunahme der Häufigkeit schwerer Stürme und Überschwemmungen, des zunehmenden Mangels an Süßwasser sowie des ansteigenden Meeresspiegels; fordert dringend die Integration der Katastrophenprävention und der Eindämmung der Risiken in die Strategien zur Bekämpfung der Armut;
8. fordert die Kommission auf, die Stärkung der energiebezogenen Aspekte der Aktivitäten multilateraler Organisationen im Bereich Handel, Finanzen und Entwicklung und insbesondere der Welthandelsorganisation, der Weltbank und ihres Investitionsrahmens für saubere Energie und nachhaltige Entwicklung; der Internationalen Finanzkorporation (IFC) und des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über den Klimawandel zu fördern sowie den multilateralen technischen Initiativen, wie etwa der Partnerschaft zur weltweiten Verminderung des Abfackelns von Gas (Global Gas Flaring Reduction Partnership), der Transparenz-Initiative der Mineral gewinnenden Industriezweige (Extractive Industries Transparency Initiative), der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, den Äquatorprinzipien der IFC und dem INOGATE-Programm mehr Unterstützung zukommen zu lassen;
9. betont, dass eine heikle Energie- und Klimasituation sehr leicht Auslöser für internationale Krisen und Konflikte mit katastrophalen Folgen für Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung ist, wie der Konflikt in Darfur deutlich macht; fordert daher eine verstärkte Anerkennung der Sicherheitsaspekte der Energie- und Klimaherausforderung zusammen mit ihren wirtschaftlichen, umwelt- und entwicklungspolitischen Besorgnissen durch die internationale Gemeinschaft;
10. weist auf die führende Rolle der Europäischen Union im Bereich der Entwicklungshilfe hin; betont, dass entwicklungspolitische Maßnahmen und Kooperationsprogramme auf partnerschaftliche Beziehungen mit den Entwicklungsländern gründen sollten; ist der Auffassung, dass die politischen Maßnahmen und Aktionen der Geberländer und -instanzen Anreize für wechselseitige gewinnbringende Beziehungen mit den Empfängerländern bieten sollten und der engen Verknüpfung zwischen Energiepolitik und der Politik in anderen Sektoren wie Landwirtschaft, Handel, Umwelt, Demographie, Gesundheit und Bildung Rechnung tragen sollten;
11. betont die unhaltbare Situation in vielen Öl- und Gasförderländern im Sinne des Mangels an Transparenz hinsichtlich der Art und Weise, wie die durch Öl und Gas erwirtschafteten Mittel verwendet werden, und den Mangel an Nutzen für die Entwicklung aus dem durch die Energieressourcen geschaffenen Reichtum; fordert daher mutige Initiativen der EU, um gute Staatsführung in den Mittelpunkt der Energiesicherheit zu stellen; fordert Transparenz im Management der Mineral gewinnenden Unternehmen, wie der

Erdölförderindustrie, sowohl seitens der Regierungen als auch der Gesellschaften und fordert, dass die vollständige Offenlegung der Art und Weise, wie die Einnahmen aus Öl und Gas verwendet werden, zur Voraussetzung für die Einfuhr dieser Ressourcen in die EU gemacht wird; fordert ferner, sinnvolle Sanktionen gegen korrupte Praktiken in Öl- und Gasförderstaaten;

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihrer Verantwortung auf dem Gebiet der nachhaltigen Energie als Teil einer gemeinsamen europäischen Energiestrategie in ihren Beziehungen zu den Entwicklungsländern gerecht zu werden.

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik	
<b>Verfahrensnummer</b>	2007/2000(INI)	
<b>Federführender Ausschuss</b>	AFET	
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	DEVE 18.1.2007	
<b>Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum</b>		
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Anders Wijkman 30.1.2007	
<b>Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:</b>		
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	2.5.2007	10.4.2007
<b>Datum der Annahme</b>	3.5.2007	
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 23 -: 0 0: 0	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Margrietus van den Berg, Josep Borrell Fontelles, Danutė Budreikaitė, Thierry Cornillet, Ryszard Czarnecki, Emanuel Jardim Fernandes, Filip Kaczmarek, Maria Martens, Miguel Portas, José Ribeiro e Castro, Toomas Savi, Frithjof Schmidt, Felekna Uca, Anna Záborská, Jan Zahradil	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Milan Gaľa, Ana Maria Gomes, Alain Hutchinson, Manolis Mavrommatis, Ralf Walter, Anders Wijkman, Gabriele Zimmer	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Michael Gahler	
<b>Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)</b>	...	